

WIN-Kommentar

2018-10-31

Die Energiewende: Sinn und Unsinn in der Klimadebatte

Die Bundesregierung hat die „**Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung**“ im Sommer 2018 eingesetzt. In etlichen Beratungen hat man sich erst über Regularien, Protokoll und Redezeiten einigen müssen. Jüngst wurden die Braunkohleregionen in Ost und West besucht und die Vorstellungen und Forderungen der Menschen und Unternehmen gehört und bewertet. Inzwischen werden erste Empfehlungen für Maßnahmen zur sozialen und strukturpolitischen Entwicklung der Reviere sowie zu deren finanzieller Absicherung bekannt: Kosten in Höhe von vielen Milliarden Euro werden für diesen Strukturwandel pro Jahr erwartet, der Ausstieg für die Kohlekraftwerke in den späten 30er Jahren.

Vielerorts wird daran festgehalten, dass bei einem frühzeitigeren Auslaufen des Kohleabbaus Alternativen aufgebaut und neue, originäre Arbeitsplätze geschaffen werden müssen. Es gehe nicht darum, einfach Bundesbehörden dorthin zu verschieben oder neue ICE-Bahnhöfe und Fahrradwege zu schaffen, werden Lokalpolitiker zitiert. Diese umfassende strukturelle Neuausrichtung steht allerdings zu wenig im Fokus der Berichterstattung. Sie ist zu komplex, zu visionär, zu teuer und bedarf noch erheblicher Entwicklungszeit bis zur konkreten Umsetzung.

Die **Studie „Klimapfade für Deutschland“** von Prognos und Boston Consulting aus dem Frühjahr 2018 zeigt auf, dass mit den heute bekannten Technologien und unter bestimmten Voraussetzungen die Klimaziele technisch und volkswirtschaftlich auch erreichbar sind. Allerdings werden für den optimalen Umbau Mehrinvestitionen in Höhe von etwa 1,5 Bill. Euro erwartet. Weder über die Höhe noch über die Verteilung oder Belastung einzelner Segment wird die Öffentlichkeit informiert.

Die Medienlandschaft und mit ihr die öffentliche Debatte folgt lieber dem populären Ansatz der Verständlichkeit. Sie nennt die Kommission kurz „Kohlekommission“ und wartet auf eine Festlegung für ein Ausstiegsdatums der Kohlekraftwerke in Deutschland – auch wenn das nur eine von sechs Aufgaben der Kommission ist. Der Abschlussbericht soll bis zum 11. Dezember 2018 vorliegen.

So diskutieren wir in Deutschland lieber – sehr emotional – den Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung. Diese Debatte ist sinnvoll, der Ausstieg ist richtig und wird schneller kommen, als ursprünglich bis in die 2040er Jahre geplant. Nach dem derzeit bekannten technischen Sachverstand ist dieser Schritt allerdings nicht unmittelbar oder binnen weniger Jahre möglich. Das zeigt auch die o.g. Studie eindrücklich auf.

Versucht man sich der Sachlage zu nähern, wird im **Faktencheck** zunächst deutlich, dass die Industrie und insbesondere die Energiewirtschaft – also die Kraftwerksbetreiber - bisher ihre Hausaufgaben gemacht und die erforderlichen Reduzierungen beim CO₂-Ausstoß geliefert haben.

Wirtschaftsverband Mineralische Nebenprodukte e. V.

Anschrift Tannenstraße 2, 40476 Düsseldorf · Telefon 0211 4578341 · E-Mail service@win-ev.org · Website www.win-ev.org
Vorstand Burkhard Jakobuß (Vorsitz), Andreas Hugot · Geschäftsführer Thomas Kaczmarek · Vereinsregister Düsseldorf Nr. VR 10510
Bankverbindung Postbank, IBAN DE70 4401 0046 0164 6774 61, BIC PBNKDEFF

Weitere Investitionen in Wind-, Wasser- oder Sonnenenergie, die Forschung zu synthetischen Kraft- und Brennstoffen oder zur Speicherung und Nutzung von CO₂ wird insbesondere der Energiesektor beitragen, um im Zielkorridor der Klimadebatte zu bleiben. Hinzu kommt, dass diese Unternehmen **Zertifikate für ihren CO₂-Ausstoß** kaufen müssen. Diese werden nach den globalen Vereinbarungen im Kyoto-Protokoll von 1997 auf einzelne Länder oder Ländergruppen hinsichtlich ihrer Emissionen von klimawirksamen Gasen verteilt und können zu Marktpreisen gehandelt werden. Steigt der Preis je Zertifikat, werden die Emissionen teurer. Und damit der Herstellungsprozess und die Produkte. Dieses Regulativ ist zudem ein Anreiz für die sog. Energieintensive Industrie, eigene Maßnahmen zur Reduzierung bis zum technisch Möglichen zu ergreifen.

Ganz anders sieht es in den Wirtschaftssektoren aus, die ihre Zertifikate für den CO₂-Ausstoß nicht selbst kaufen müssen, wie beispielsweise beim Wohnen und Heizen, dem Autoverkehr oder in der Landwirtschaft. Um die deutschen Zusagen in der EU-Klimadebatte zu halten, wird der Staat bis 2030 rund 60 Mrd. Euro für den Zertifikate-Ankauf aus anderen Ländern aufwenden müssen, wenn der Energieverbrauch und damit die CO₂-Emissionen in diesen Sektoren nicht gesenkt werden können. Und damit hat die Diesel-Affäre nichts zu tun. Im Gegenteil: Der ADAC zeigt im Juni 2018 auf, dass Dieselmotoren besser als Benziner und Elektroantrieb sind. Demnach rechnet sich ein Mittelklasse E-Auto wegen des hohen CO₂-Aufwands bei Batterieherstellung und Recycling im Vergleich zum Diesel erst nach 580.000 Kilometern.

Beispiel „Wohnen“: Die hohen technischen Auflagen beim Neubau tragen zwar ihren Beitrag zur Preissteigerungen, aber nur in geringem Umfang zur Energiewende bei. Den rund 300.000 Neubau-Wohnungen im Jahr stehen über 40 Mio. Bestandswohnungen gegenüber. Mit welchen Impulsen werden Eigentümer dieser überwiegend vermieteten Objekte überzeugt, in den nächsten Jahrzehnten die brauchbare Wohnsubstanz zu dämmen bzw. in die Anlagentechnik zu modernisieren?

Während der Stromverbrauch nach einer Studie des BDEW seit 2000 nur um fünf Prozent gestiegen ist, haben sich im gleichen Zeitraum die Steuereinnahmen aus der Strom- und Umsatzsteuer mehr als verdoppelt. Gleiche Entwicklungen werden aus den fossilen Quellen für die Heizenergie (Öl, Gas, Kohle) gemeldet. Mit diesen Mehreinnahmen aus dem Energieverbrauch könnte der Staat deutlicher als bisher Anreize für Investitionen und einfache Förderprogramme für den Wärmeschutz geben.

Aber warum sollten Vermieter in diese sinnvollen Maßnahmen investieren, wenn sie doch die ansteigenden Energiekosten als Nebenkosten direkt an die Mieter weitergeben können? Es scheint so, als ob die Nebenkosten beim Wohnen noch auf lange Zeit erheblich ansteigen werden.

Oder nehmen wir den **Sektor „Verkehr“:** alle aktuellen Studien zeigen, dass unser Bedürfnis deutlich abnehmen muss, mit Verbrennungsmotoren gleich welcher Art durch Städte und Natur zu fahren. Und nur, wenn sich neue Antriebs-/Sicherheitstechnologien, Batteriequalitäten oder Mobil-Sharing rasant entwickeln, werden in diesem Sektor positive Ergebnisse eingefahren.

Folgt man den anerkannten Empfehlungen aus der Prognos-Studie, fahren in Deutschland bis zum Jahr 2050 über 30 Mio. Elektrofahrzeuge. Allerdings stünden diese tagsüber weitestgehend ungenutzt herum und wären bestenfalls als dezentrale Batteriespeicher zu nutzen. Wäre es nicht im Umweltsinne zielführender, selbstfahrende Konzepte stärker zu entwickeln – und diese mit anderen zu teilen?

Gerade bei dem Thema der **Stromspeicher und der Leitungsnetze** sind wir noch meilenweit vom Ziel entfernt. Windparks und Solarfarmen müssen Ihre Leistung unmittelbar in die Netze abgeben können, die den Verbraucher auch erreichen. Nur sind von den erforderlichen 7.700 Kilometer Netzlänge erst gut 1.000 km verlegt. Weitere 1.700 km sind bisher in der Planungs- und Genehmigungsphase – mit Einsprüchen allerorten. Viele mit Bodenkabeln, die achtmal teurer sind, als die Überlandleitungen auf den Masten. Die Energiewende ist ein hohes Gut, hat einen besonderen Wert, aber auch ihren Preis.

Wir benötigen noch viel mehr dieser Windparks, On- und Offshore, damit wir einen signifikanten, stabilen Beitrag zur Energieerzeugung erkennen. Ebenso noch viele Solarfarmen mit hektargroßen Flächen. Nur wird es immer schwieriger, die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass gerade in ihrer Nähe ein Vorzugs- und kein Naturschutzgebiet ist.

Auch der **Wirtschaftssektor „Landwirtschaft“** steckt nicht nur mit der Ernährungsdebatte um den üppigen Fleischkonsum in Deutschland fest. Rindfleisch hat enorme Mengen an CO₂ im Rucksack, egal ob aus deutscher oder südamerikanischer Herkunft. Von der Massentierhaltung und den Düngeproblemen auf den Äckern ganz zu schweigen. Oder stellen Sie sich vor, Sie müssten künftig an der Supermarktkasse für Fleisch zusätzlich ein CO₂-Zertifikat bezahlen. Eine Lösung ist nicht in Sicht. Aufgrund der zögerlichen individuellen Erkenntnis und in der Folge beim kaum veränderten Einkaufszettel und Speiseplan werden wir also noch lange ins Leere laufen.

Doch was nützen all diese Technologien, Verhaltensänderungen oder bisweilen Einschränkungen, die wir in Deutschland der Industrie und dem Verbraucher schmackhaft machen wollen, wenn im nahen und fernen Ausland andere Schwerpunkte gesetzt werden? Wettbewerbsverzerrungen durch hohe Stromkosten drohen im internationalen Kampf um Standorte und Produkte. Nach Angaben des RWI gehen in China und Indien im Wochenrhythmus neue Kohlekraftwerke ans Netz. Unsere direkten Nachbarn halten an der Kernkraft oder der Kohleverstromung fest.

Wollen wir bei einem **vorausiehenden Ausstieg aus der Kohlekraft** tatsächlich unseren Strom von dort importieren, wenn die viel beschworene Dunkelflaute unsere Grundlast nicht mehr sichert? Wind, Sonne oder Regen machen an den Landesgrenzen keinen Halt. Großwetterlagen führen nämlich dazu, dass in Zentraleuropa gleichzeitig Energieüberschuss oder -mangel bei der Erzeugung aus regenerativen Energiequellen auftritt. Wer garantiert uns, dass dann Nachbar-Strom für uns abgerufen werden kann, sollten wir nicht selbst genügend Ökostrom herstellen können?

Inzwischen verbinden wir uns sogar mit Belgien, um deren sukzessiven Atomausstieg mit Stromexporten zu unterstützen. Eine gute Abgabemöglichkeit für den Energieüberschuss, sollte er regelmäßig – und auch regenerativ - erzeugt werden können.

Wirtschaftsverband Mineralische Nebenprodukte e.V.

Anschrift Tannenstraße 2, 40476 Düsseldorf · Telefon 0211 4578341 · E-Mail service@win-ev.org · Website www.win-ev.org
Vorstand Burkhard Jakobuß (Vorsitz), Andreas Hugot · Geschäftsführer Thomas Kaczmarek · Vereinsregister Düsseldorf Nr. VR 10510
Bankverbindung Postbank, IBAN DE70 4401 0046 0164 6774 61, BIC PBNKDEFF

Die Netzbetreiber warnen bereits jetzt vor einem sprunghaften **Anstieg der Regulierungskosten**, die im Jahr 2017 bereits über eine Milliarde Euro verschlungen haben. Nur so konnten Blackouts durch die extremen Schwankungen bei der Einspeisung von diskontinuierlichen Energieerzeugern verhindert werden.

Wir alle haben große Veränderungen vor uns. Das globale Ziel der Reduzierung von Treibhausgasen ist richtig. Bei dem Diskurs über Veränderungen und Einsparungen dürfen wir allerdings nicht nur am Gürtel des anderen hantieren. Was jeder Einzelne tun kann, zeigt Latif Mojib auf und fokussiert den aktuellen **UN-Weltklima-Report IPCC** perfekt auf das Mögliche. Der anerkannte Klimaforscher mit Professuren am GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung und der Christian-Albrechts-Universität in Kiel mahnt z.B. an, dass jeder einzelne bei der Wahl des Fortbewegungsmittels (keinen Geländewagen) oder der gesunden Ernährung (weniger Fleisch) beitragen könne. „Und wir müssen auch nicht dreimal im Jahr ein Urlaubsflugzeug besteigen“, so der Klimaforscher.

Diese Verhaltensänderungen bei Menschen haben einen durchaus längeren Erkenntnis- und Umsetzungshorizont, als er in theoretischen Modellen berechnet werden kann. Die gesellschaftlichen und soziologischen Anpassungen werden in keiner der bekannten Studien berücksichtigt. Auch birgt dieser Prozess noch das Risiko des politischen Meinungsumschwungs, wenn der Gürtel zu eng geschnallt wird. Vielleicht nicht mehr in der Richtung, aber durchaus in der Geschwindigkeit.

Wir brauchen nicht nur bezahlbaren Wohnraum sondern auch eine Energieinitiative, die für Bestandswohnungen Energieverbrauchswerte zur Selbstverständlichkeit macht. Der Wohnraum muss gedämmt werden, darin steckt das größte Potential. Der Verkehrssektor ist in der Pflicht, zu liefern. Die großen Projekte müssen endlich starten. Aber auch jeder Einzelne kann seine Urlaubsplanung oder den Mobilitätsbedarf anpassen. Und mit Blick auf den Sektor Landwirtschaft gilt es, weniger Fleisch zu konsumieren, die Massentierhaltung zurück zu führen und Lebensmitteln wieder einen entsprechenden Wert und Preis zu geben.

Und wir müssen uns ebenso intensiv darüber Gedanken machen, wie wir bei allen nationalen Einspar- und Technologiekonzepten zur Energiegewinnung und -nutzung die EU-Nachbarstaaten mitnehmen. Und den Rest der Welt - denn dort wollen in den kommenden drei Jahrzehnten 1,5 Milliarden Menschen mehr ernähren werden.

Es gibt viel zu tun. Und da ist der sukzessive Kohleausstieg in Deutschland unser geringstes Problem.

Ansprechpartner für die Medien: Thomas Kaczmarek
Büro: 0049.211.4578341, Mobil: 0049.172.5999666, eMail: tk@win-ev.org